



- Unternehmerverband Berlin e.V.
Präsident: Rüdiger Lorch
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
Präsident: Dr. Burkhardt Greiff
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Präsident: Matthias Kunze
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
Präsident: Frank Oestreich
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
Präsident: Dietrich Enk
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
Präsident: Jürgen Sperlich
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
Präsident: Axel Metzner
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.
Präsident: Gerold Jürgens

Pressemitteilung - 03. September 2026

Vor den Wahlen im Osten: Wirtschaft warnt vor Abschottung und wirtschaftspolitischem Rückschritt

„Potsdamer Erklärung 2026“ warnt vor den wirtschaftlichen Folgen von Nationalismus, Abschottung und politischer Radikalisierung für den Standort Ostdeutschland

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und gut zwei Wochen vor den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern richtet sich die ostdeutsche Wirtschaft mit einem eindringlichen Appell an Politik und Gesellschaft. In der „Potsdamer Erklärung 2026“ fordert die Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin verlässlichere politische Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovation und Wachstum. Zugleich warnt sie davor, dass eine zunehmende politische Radikalisierung und Forderungen nach Abschottung und Ausgrenzung die wirtschaftlichen Grundlagen Ostdeutschlands gefährden können.

Die Unternehmerverbände sprechen ausdrücklich keine Wahlempfehlung für eine einzelne Partei aus. Sie sehen jedoch mit Sorge, wenn radikale politische Kräfte an Zustimmung gewinnen und politische Forderungen stärker werden, die auf Abschottung, Ausgrenzung oder eine Schwächung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit hinauslaufen. Solche Entwicklungen gefährden Investitionen, verschärfen den Fachkräftemangel und schwächen Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Regionen.

Dr. Burkhardt Greiff, Sprecher der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin, betont:

„Wir nehmen die Unzufriedenheit vieler Menschen sehr ernst. Vieles davon hat nachvollziehbare Gründe. Unternehmen erleben überbordende Bürokratie, langwierige Verfahren, hohe Standortkosten und politische Entscheidungen, die Investitionen erschweren. Politik muss darauf Antworten geben und bereit sein, Fehler zu korrigieren. Aber aus berechtigtem Protest darf keine Politik entstehen, die am Ende die wirtschaftlichen Grundlagen unserer eigenen Regionen beschädigt.“

Weltoffenheit ist ein Standortfaktor

Die „Potsdamer Erklärung 2026“ verbindet deshalb die Forderung nach einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie, Weltoffenheit und unternehmerischer Freiheit. Ostdeutsche Unternehmen sind Teil europäischer und internationaler Wertschöpfungsketten. Sie exportieren, arbeiten mit internationalen Partnern zusammen und konkurrieren mit anderen Regionen um Investitionen und Fachkräfte. Auch Wissenschaft und Forschung sind international vernetzt.

Gerade vor den anstehenden Wahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern appellieren die Unternehmerverbände deshalb an die Bürgerinnen und Bürger, ihr Wahlrecht wahrzunehmen und politische Angebote kritisch zu prüfen. Dazu gehöre auch, die konkreten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen politischer Positionen für Arbeitsplätze, Investitionen, Fachkräfte und Wohlstand in den eigenen Regionen mitzudenken.

Dabei steht die Erklärung für ein selbstbewusstes Eintreten für ostdeutsche Interessen und zugleich für eine klare Haltung: **„Patriotismus ja. Nationalismus nein.“**

Ostdeutschland kann Gewinner der Transformation sein

Trotz der Warnungen versteht sich die Potsdamer Erklärung ausdrücklich nicht als Krisenpapier. Ostdeutschland habe in den vergangenen Jahrzehnten eine Transformation historischen Ausmaßes bewältigt. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, neue Technologien und der Umbau von Industrie und Energieversorgung eröffnen erneut große wirtschaftliche Chancen.

„Ostdeutschland kann Gewinner dieser Transformation sein. Unsere Unternehmen haben die Ideen, unsere Wissenschaft verfügt über das Wissen und unsere Menschen haben die Erfahrung mit tiefgreifender Veränderung. Dafür brauchen wir aber eine Politik, die Vertrauen verdient, eine Wirtschaft, die handelt, und eine Gesellschaft, die ihre Offenheit bewahrt“, so Dr. Greiff.

Die „Potsdamer Erklärung 2026“ wird im Vorfeld des **Ostdeutschen Unternehmertages am 8. September in Potsdam** veröffentlicht und dort in den Dialog zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft eingebracht.

Die gesamte Potsdamer Erklärung finden Sie online unter: <https://potsdamererklaerung.de/>

Pressekontakt

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e. V.

Dr. Burkhardt Greiff

Pressebetreuung

comprend GmbH

Matthias Gehrman

Schloßstr. 12

14467 Potsdam

Telefon: 0331 5816490 – 0177 2505182

E-Mail: matthias.gehrmann@comprend.de